

REDEMANUSKRIFT

Frankfurt am Main, 8. Mai 2019

**Dr. Hans-Ulrich Engel,
Präsident des Deutschen Aktieninstituts e.V.**

**anlässlich des Jahresempfangs 2019 des Deutschen Aktieninstituts e.V.
am 8. Mai 2019 in der BW Bank, Kleiner Schlossplatz 11, 70173 Stuttgart**

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

vom 23. bis 26. Mai findet die Europawahl statt, die insgesamt neunte nach dem Auftakt allgemeiner Wahlen zum Europaparlament im Jahr 1979. Eine Wahl, die wegweisend sein wird und der wir Beachtung schenken müssen.

Dank der Europäischen Union erleben wir eine der längsten Friedensperioden der Geschichte. Unser wirtschaftlicher Wohlstand und die politische Stabilität hängen ganz entscheidend von den europäischen Institutionen ab. Diese gewähren ein Maß an persönlicher Freiheit und an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten, aber auch an Sicherheit, die alles andere als selbstverständlich sind.

Europa ist eine Erfolgsgeschichte und insbesondere eine aus deutscher Sicht. Dies trotz aller Komplexität der Europäischen Union und obwohl Deutschland der größte Nettozahler in der EU ist, obwohl weder eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik noch eine koordinierende Flüchtlingspolitik oder eine klare Energiepolitik in der EU zustande gekommen sind. Ohne Frage steht Europa derzeit aber vor großen Herausforderungen. Migration, Klimawandel, die weltweiten Handelskonflikte, der Brexit aber auch Herausforderungen, die sich durch disruptive technologische Entwicklungen stellen, werden uns auch nach der Wahl weiter beschäftigen. Sie werden auf der europäischen Agenda bleiben, und wir müssen hierzu europäische Antworten – und gemeinsame Lösungen – finden.

Das ist nicht immer einfach in einem Umfeld, in dem die Worte Jacques Chiracs nach wie vor gelten: „Wir befinden uns in einem System europäischer Nationen und jede verteidigt ihre Interessen“. So schwer es sein mag, gemeinsame europäische Lösungen zu finden, so sehr brauchen wir sie, wenn wir ein relevanter Spieler auf den Weltmärkten und in der Weltpolitik sein oder bleiben wollen. Gerade jetzt in einer Zeit, in der sich die Rollen von USA und China neu verteilen und Russland nach seinem Weg sucht. Ohne europäische Lösungen werden weder die Europäische Union noch Deutschland ein Global Player von

Belang sein können. Und ohne heißt es vielleicht tatsächlich „Besuchen Sie Europa, so lange es noch steht“, Interpret Geier Sturzflug.

Die größte Herausforderung für Europa scheint die besorgniserregende Rückkehr nationalistischer Tendenzen – und die damit verbundene Schwächung der Einheit Europas.

Dies gefährdet die Wurzel der europäischen Idee. Denn Europa baut auf der gemeinsamen Überzeugung auf, dass gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Fortschritt nur mittels Kooperation und Offenheit garantiert werden kann. Populismus und Nationalismus teilen eine andere Grundüberzeugung:

- Sie setzen an die Stelle von gemeinsamen Lösungen und Kompromissfähigkeit den bewussten Alleingang und die offenkundige Kompromisslosigkeit gegenüber Positionen anderer.
- Und sie setzen an die Stelle von Offenheit und Freiheit das Gegenmodell von Abschottung und Abgrenzung.

Der Blick auf das rein Nationale bietet so vermeintlich einfache und schnelle Antworten statt anzuerkennen, dass die komplexen Fragen dieser Zeit komplexe und vor allem gemeinsame Antworten erfordern.

Es ist meine absolute Überzeugung, dass wir diesen Tendenzen entschieden entgegentreten müssen. Dazu sind alle gefordert: die Politik, aber natürlich auch wir, die Unternehmen, und die anderen gesellschaftlichen Kräfte. Die Europawahl und die Zeit danach sollten deshalb genutzt werden, die Bevölkerung für Europa zu begeistern und die Vorteile Europas für die Bürgerinnen und Bürger klar herauszuarbeiten.

Das ist kein leichtes Unterfangen in einer Zeit, da der Brexit die Bevölkerung beschäftigt. Und man muss wohl auch konstatieren, dass die Bevölkerung die europäische Integration als weit entfernt und technokratisch empfunden hat. Nicht ganz das, was Helmut Kohl 1976 einforderte, als er sagte: „Die Einheit Europas ist keine Sache, die allein von den Regierenden ausgehen kann. Sie muss auch von den Völkern mitgetragen werden. Es ist eine Sache von Herz und Verstand.“

Wir als Unternehmen können dabei eine wichtige Rolle spielen – indem wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Plattformen anbieten, damit sie sich über Europa informieren können. Zum Beispiel hat der Verband der Chemischen Industrie eine Initiative gestartet, in deren Rahmen die Mitgliedsunternehmen an möglichst vielen Standorten Mitarbeiter-Dialoge mit Europapolitikern anbieten. Damit wollen wir das Bewusstsein für die Bedeutung Europas stärken, eine aktive Auseinandersetzung mit Europa fördern – und letztlich rufen wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu auf, am 26. Mai wählen zu gehen.

Denn wir müssen uns auch der Ursachen für ablehnende Haltungen gegenüber der Europäischen Union bewusst werden. Die Ablehnung Europas gedeiht dort am besten, wo die Menschen das Gefühl haben, nicht mitgenommen zu werden oder von wirtschaftlichen Entwicklungen abgekoppelt zu sein.

Umgekehrt hat es die Europa-Skepsis schwer, wo wirtschaftliche Prosperität, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit herrschen. Nicht zuletzt aus diesem Grund sollten alle europäischen Institutionen ein großes Interesse an leistungsfähigen Unternehmen in Europa haben. Denn eins ist für mich klar: ein wirtschaftlich prosperierendes Europa ist eine Grundvoraussetzung für ein funktionsfähiges Europa. Und das müssen auch wir als Unternehmen den Menschen vermitteln!

Aber wir müssen das auch in der Öffentlichkeit vermitteln. Denn wenn ein scheinbarer Gegensatz aufgebaut wird zwischen einem Europa der Wirtschaft und einem sozialen Europa, dann wird klar, dass hier wesentliche Zusammenhänge verdreht werden. Eine leistungsfähige Wirtschaft und ein funktionierender Sozialstaat sind zwei Seiten derselben Medaille und die Basis der sozialen Marktwirtschaft. Wer hier Gegensätze aufbaut, der stärkt Europa nicht, sondern schwächt seine Grundfesten.

Frau Professorin Meckel wird gleich auf die Digitalisierung eingehen, die Wertschöpfungsketten verschiebt, alte Geschäftsmodelle gefährdet und neue entstehen lässt – aber eben auch die Arbeitswelt verändert. Diese Entwicklung passiert schnell und bringt neue Wettbewerber hervor. Und wir müssen uns in Europa anstrengen, dass wir nicht den Anschluss verlieren. Um es auf den Punkt zu bringen: wir müssen unser industriebasiertes Wirtschaftsmodell für die neue Zeit fit machen.

Mein Wunsch an die europäische Politik ist daher auch, die Auswirkungen aller Entscheidungen auf die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der europäischen Unternehmen im Blick zu behalten. Dazu brauchen wir dringend die Einführung des Innovationsprinzips, mit dem sichergestellt werden soll, dass Regulierungen Innovationen fördern oder zumindest nicht behindern.

Das Deutsche Aktieninstitut warnt zum Beispiel seit langem vor der Überregulierung börsennotierter Unternehmen und einem dadurch bedingten Verlust der Attraktivität der Kapitalmarktfinanzierung. Statt aber beherzt die Regulierung der börsennotierten (und auch aller anderen) Unternehmen auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen, erleben wir fast täglich neue Vorschläge für Unternehmenspflichten.

Ich sehe daher mit gemischten Gefühlen, wie die Debatte um mehr Nachhaltigkeit im Finanzsystem (Sustainable Finance) geführt wird. Am Ziel der Nachhaltigkeit bestehen keine Zweifel.

Aber die aktuelle Diskussion gibt leider Anlass zur Sorge: Sorge darüber, ob der politische Prozess in der Praxis auch tatsächlich zu sinnvollen und handhabbaren Lösungen führt und nicht nur zusätzliche Belastungen für die Unternehmen bringt, ohne damit einen echten Mehrwert zu schaffen. Ich bin aber optimistisch, dass wir hier im Dialog gewissermaßen die Kurve kriegen und im besten Sinne der europäischen Idee entscheiden.

Meine Damen und Herren,

wir lassen uns Europa nicht schlecht reden! Trotz der großen Herausforderungen, vor denen Europa jetzt steht, haben wir allen Grund, optimistisch zu sein. Gemeinsam hat Europa bisher fast jedes Problem gelöst. Im Zusammenspiel der Europäischen Institutionen mit den europäischen Unternehmen können wir Antworten auf die drängendsten Probleme finden.

Lassen Sie uns die demokratischen Kräfte in Europa stärken und für ein offenes und innovatives Europa werben – bei unseren Belegschaften und in der Öffentlichkeit.

Das Deutsche Aktieninstitut steht für Kooperation und Dialogbereitschaft. Ich will Sie ermuntern, diese Grundüberzeugung nach draußen zu tragen und in Ihre Unternehmen hinein zu kommunizieren. Ich bin optimistisch für den Ausgang der Europawahl. Und werde natürlich am 26. Mai wählen gehen!

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Uta-Bettina von Altenbockum

Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon +49 69 92915-47

E-Mail presse@dai.de

Seit 1953 vertritt das Deutsche Aktieninstitut e.V. die Interessen der kapitalmarktorientierten Unternehmen, Banken, Börsen und Investoren. Unsere Mitglieder repräsentieren 85 Prozent der Marktkapitalisierung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften. Im engen Dialog mit der Politik arbeiten wir konstruktiv an der Entwicklung von Kapitalmärkten und deren Rahmenbedingungen. Unser Ziel ist zudem, die Aktie als Finanzierungs- und Anlageinstrument in Deutschland zu fördern. Zu unseren Kernthemen zählen die Kapitalaufnahme über Primärmärkte, der Handel von Wertpapieren und die Rechte und Pflichten von Vorständen, Aufsichtsräten und Aktionären. Wir führen zudem die Geschäftsstelle der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex. Von der Rhein-Main-Metropole Frankfurt aus stehen wir in regelmäßigem fachlichen Austausch mit unseren Mitgliedern und bringen ihre Positionen über unser Hauptstadtbüro in Berlin und unser EU-Verbindungsbüro in Brüssel in die Gesetzgebungsprozesse ein. Nähere Informationen zum Deutschen Aktieninstitut finden Sie unter www.dai.de.